

Die Bauergewerkschaft

Zeitung des Zentralverbandes christlicher Bauarbeiter Deutschlands

Erscheint jeden Sonntag. Bezugspreis vierteljährlich 3,— RM. (ohne Bestellgeld). Zu beziehen durch jede Postanstalt. Redaktionsschluss: Montag, morgens 9 Uhr

Nr. 12 · 30. Jahrgang

Geschäftsstelle und Schriftleitung: Berlin-Lichtenberg, Am Stadtpark 2/3

Berlin, 23. März 1929

Die Verhandlungen über den neuen Reichstarifvertrag abgeschlossen

Bereits in den Verhandlungen am 25. und 26. Februar waren sich die Parteien wesentlich nähergekommen. Am 10. und 11. März wurde weiterverhandelt. Man hoffte, an diesen Tagen mit den Verhandlungen zu Ende zu kommen. Wider Erwarten taten sich noch einmal größere Gegensätze auf. So machten sich weitere Verhandlungen am 15. und 16. März notwendig, die einen außerordentlich schwierigen Verlauf nahmen. Am Abend des 16. März war man dann endlich so weit, den Standpunkt der Parteien zu dem gesamten Vertragsinhalt als endgültig festzustellen und die Redigierung des Verhandlungsergebnisses vorzunehmen. Bis letztere Arbeit erledigt war, war es nachts $\frac{3}{4}$ 1 Uhr geworden.

Nun liegt es an den Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbänden, sich über Annahme oder Ablehnung des von den Verhandlungsparteien ausgehandelten Vertragsentwurfes zu erklären. Um einen möglichst großen Kreis von Mitgliedern unmittelbar an der Stellungnahme zu beteiligen, wird für unsern Verband die Entscheidung nicht auf einem außerordentlichen Verbandstag, sondern in bezirklichen Konferenzen fallen, deren in jedem Bezirk eine oder auch mehrere abgehalten werden. Diese Konferenzen werden

größtenteils bereits am Sonntag, den 24. März, stattfinden. Es muß erwartet werden, daß den Einladungen hierzu vollzählig Folge geleistet wird.

Für die Neuregelung der Löhne sieht der neue Vertrag folgendes Verfahren vor: Die bezirklichen Parteiverhandlungen über die neuen Löhne sind bis spätestens 6. April 1929 zu brenden. Gelängt eine Einigung nicht, so ist das Tarifamt anzurufen, das bis zum 10. April 1929 eine Entscheidung über die Lohnregelung zu fällen hat. Die Erklärungsfrist soll am 13. April ablaufen. Gelängt ein gefällter Schiedspruch nicht zur Annahme, so hat das verstärkte Tarifamt bis zum 15. April 1929 eine neue Entscheidung zu fällen. Ist diese nicht endgültig oder gelangt ein mit einfacher Mehrheit gefällter Schiedspruch nicht bis zum 18. April zur Annahme, so ist die Streitsache unverzüglich von Amts wegen dem Haupttarifamt zuzuleiten. Dieses tritt am 22. April zusammen und entscheidet endgültig. Die erstmalig vereinbarten oder durch Entscheidung festgesetzten Löhne gelten für die Zeit vom 11. April 1929 bis zum 31. März 1930. Bis zum 10. April 1929 einschließlic bleiben die jetzigen Löhne in Kraft.

Den Inhalt des neuen Vertrages werden wir in der nächsten Nummer der „Baugewerkschaft“ zum Abdruck bringen.

Landwirtschaft die notwendigen Arbeitskräfte zu sichern!

Die Motive im Kampf gegen die Bestrebungen der Arbeitnehmer sind aber verschieden. Dem industriellen Unternehmertum geht es dabei hauptsächlich um materielle Vorteile. Die Machtposition im Staat ist ihm Mittel zu diesem Zweck. Die landwirtschaftliche Arbeiterschaft kämpft unter Führung des Großgrundbesitzes um die verlorene Vormachtstellung im Staat. Und in diesem Kampf übersieht sie das Gemeinsame, das Landwirtschaft und Lohnarbeiter als die bodenständigsten Elemente haben! In diesem Kampf übersieht sie, daß in Deutschland mehr als in irgendeinem anderen Land Landwirtschaft und Lohnarbeiterschaft aufeinander angewiesen und voneinander abhängig sind! Zwar wird häufig recht einbringlich versucht, der Arbeiterschaft begreiflich zu machen, daß sie am Gebeihen der Landwirtschaft interessiert ist, aber es wird verschwiegen oder gar nicht erkannt, daß im gleichen Maße die Lage der Landwirtschaft durch die der Lohnarbeiterschaft bedingt ist.

Wenn nun der Lohnarbeiter in seinem Ringen um den notwendigen Lebensraum von Seiten der Landwirtschaft dauernd bedroht wird, wenn er dauernd wahrnehmen muß, daß ihm von dieser Seite kaum das armselige Leben gegönnt wird, dann ist es zwar immer noch nicht berechtigt, aber psychologisch begreiflich, wenn ihm gerade die Lage der Landwirtschaft zunehmend gleichgültiger wird. Auf welcher Seite die Schuld an diesem Zustande liegt, läßt sich leicht feststellen. Die Folge ist die bedenkliche Vereinsamung der Landwirtschaft!

Das in industriellen Kreisen geprägte Wort von den „sozialen Lasten“ wurde von der landwirtschaftlichen Arbeiterschaft und ihrer Presse gierig übernommen und ist bis heute noch im Gebrauch. Ein landwirtschaftlicher Arbeitgeber — der Vorsitzende des Pommerischen Landbundes — prägte unter dem Beifall seiner Standesgenossen das häßliche Wort „perverse Sozialpolitik“. Die landwirtschaftliche Arbeiterschaft und ihre Presse führen — größtenteils mit falschen Argumenten — einen ununterbrochenen Kampf gegen die Arbeitslosenversicherung, besonders auch gegen den Unterstützungszug der Bauarbeiter. Die Sozialpolitik wird als unmoralisch bezeichnet, während gleichzeitig Schutz- und Hilfsmaßnahmen für die Landwirtschaft vom Staat — also grundsätzlich ganz dasselbe — sehr stürmisch verlangt werden! Der bereits erwähnte Vorsitzende des Pommerischen Landbundes schrieb unlängst von Rom aus folgendes:

„Während man bei uns den Arbeitslosen mit rührender Anteilnahme umgibt, dem arbeitenden Landvolk aber seinen gerechten Lohnanteil vorenthält, geht die Regierung Mussolinis an alles, was Arbeit heißt, im Sturm heran.“

Daß das die dem Reichslandbund nahestehende „Deutsche Tageszeitung“, die von sich behauptet, die nationalen Freiheitsbestrebungen unseres Volkes besonders zu fördern, angeichts der Reparationsverhandlungen abbrudte, läßt erkennen, wie diesen Kreisen in ihrem wütenden Klassenhaß gegen die Lohnarbeiter jede Ueberlegung verlorengelht! Den Lohnarbeiter aber, der die Arbeitslosigkeit als Unglück empfindet, muß es empören, wenn er deshalb, weil er schuldlos arbeitslos ist, als arbeitscheu beschimpft wird.

Landwirtschaftliche Arbeitgeberkreise führen aber nicht nur einen dauernden Kampf gegen jede Sozialpolitik, sie machen sich auch die Auffassung zu eigen, die gewerblichen und industriellen Arbeiterlöhne seien zu hoch und infolgedessen volkswirtschaftlich schädlich. So verlangte der wiederholt erwähnte Vorsitzende des Pommerischen Landbundes in einem Aufsatz in der „Pommerischen Tagespost“ Herabsetzung der Arbeiterlöhne und Erhöhung der Preise für landwirtschaftliche Erzeugnisse.

Landwirtschaft und Lohnarbeiter

Die bedenkliche Lage der Landwirtschaft war in letzter Zeit im erhöhten Maße Gegenstand öffentlicher Erörterungen. Dazu haben auch die landwirtschaftlichen Tagungen beigetragen, die in Form von Entschliessungen zum Teil sehr heftige Drohungen aussprachen. Insofern scheint es, als seien diese Veranstaltungen infolge ihres Verlaufes der Landwirtschaft nützlich gewesen. Das waren sie aber doch nicht, denn die ausgesprochenen Drohungen können zwar nicht verwirklicht werden und sind infolgedessen faktisch unklug, aber sie sind dennoch gefährlich, und zwar deshalb, als landwirtschaftliche Kreise in der irrigen Auffassung bestärkt werden, die Notlage der Landwirtschaft sei ein absichtlich herbeigeführter und leicht zu beseitigender Zustand.

Mit Drohungen läßt sich das schwierige landwirtschaftliche Problem — um ein solches handelt es sich — schon gar nicht lösen. Gegenseitige Drohungen sind überhaupt nicht das Mittel zur Behebung der Notlage, von der schließlich mehr Volks- und Wirtschaftsgruppen, wenn auch vielleicht nicht in dem Maße, betroffen sind, wie die Landwirtschaft. Notwendig ist gegenseitige Hilfeleistung, die aber nicht erzwungen werden kann.

Landwirtschaftliche Arbeitgeberkreise behaupten, der Bedeutung und der Lage der Landwirtschaft werde allgemein wenig Verständnis entgegengebracht. Das ist leider wahr. Aber umgekehrt ist leider auch wahr, daß gerade landwirtschaftliche Kreise für die Lage anderer Schichten, insbesondere für die der Lohnarbeiter, allgemein noch weniger Verständnis zeigen. Und doch wäre der Landwirtschaft die Sympathie der Lohnarbeiter nützlich, als die zweifelhafte und nie recht dauerhafte Gunst schwerindustrieller Unternehmerkreise.

Man mag einwenden, der Unterschied zwischen

der Denkweise besitzender Kreise der Landwirtschaft und der der Lohnarbeiter sei zu groß. Die einen — hauptsächlich die Großgrundbesitzer — leben ideenmäßig ganz in der Vergangenheit und erhoffen von der Wiederherstellung früherer Zustände, die sie erstreben, die Erfüllung ihrer Wünsche. Die anderen — die Lohnarbeiter — erwarten von der Zukunft eine Aenderung ihres Schicksals und wehren sich gegen die Wiederkehr früherer Zustände. Das ist ein merkwürdiger und natürlicher Gegensatz. Hingegen ist es falsch, in bezug auf die Landwirtschaft und die Lohnarbeiter von einem Gegensatz zwischen Erzeuger und Verbraucher zu reden. Die Landwirtschaft ist weder nur Erzeuger, noch ist die Lohnarbeiterschaft nur Verbraucher; beide sind beides. Es läßt sich aber auch keine Uebereinstimmung der kosmopolitischen Denkweise der vorerwähnten Kreise mit der konservativen der landwirtschaftlichen Bevölkerung feststellen.

Und doch begegnen sich landwirtschaftliche Arbeiterschaft und industrielles Unternehmertum immer wieder im Kampfe gegen die Bestrebungen der Lohnarbeiter.

Die Angriffe der landwirtschaftlichen Arbeiterschaft sind sogar heftiger als die des industriellen Unternehmertums. Dabei beschränken sich die landwirtschaftlichen Arbeitgeber nicht auf Auseinandersetzungen über das landwirtschaftliche Arbeitsverhältnis, sondern sie mischen sich immer wieder in solche über das industrielle und gewerbliche Arbeitsverhältnis und ergreifen regelmäßig Partei gegen die Arbeitnehmer. Dabei wäre aber soviel nachzuholen, um die ländliche Arbeitsverfassung wenigstens einigermaßen der heutigen Rechtsauffassung anzupassen. Der landwirtschaftlichen Arbeiterschaft ist es bisher ja nicht einmal gelungen, der

Ganz abgesehen davon, daß bei diesen Erörterungen Lohnsätze gar nicht genannt werden, auch davon abgesehen, daß bekanntlich niedrige Löhne nicht unter allen Umständen niedrige Verbraucherpreise zur Folge haben — sonst müßten Nahrungsmittel infolge der jämmerlichen Landarbeiterlöhne jabelhaft billig sein — wäre dazu folgendes zu bemerken:

Die landwirtschaftliche Arbeitgeberchaft verkennt, daß

Der Lohnarbeiter der wichtigste Verbraucher heimlicher landwirtschaftlicher Erzeugnisse

Die von der „Landwirtschaft“ umworbenen Freunde richten sich bei der Auswahl der Speisen weniger nach dem Nähr- und Sättigungswert, sondern hauptsächlich nach dem feineren Geschmack und ziehen deshalb ausländische Erzeugnisse den heimischen vor. Im Arbeiterhaushalt hingegen entscheidet neben dem Preis der Nähr- und Sättigungswert. Das Lohnneinkommen fließt in der Hauptsache der Landwirtschaft zu. Würden nun auf der einen Seite die Löhne allgemein herab- und auf der anderen Seite die Preise für landwirtschaftliche Erzeugnisse heraufgesetzt, dann würde die Landwirtschaft zwar eine Erhöhung der Preise, aber deshalb noch längst keine Erhöhung der Einnahmen haben. Die Folge wäre eine allgemeine Verschlechterung der Lebenshaltung gerade jener Kreise, die sowieso nur von der Hand in den Mund leben. Die Landwirtschaft hätte davon keinen Nutzen, aber einen sehr empfindlichen Schaden. Wer Landwirten das Gegenteil weiszumachen versucht, handelt nicht im landwirtschaftlichen Interesse.

Über dem Bauern wird weisgemacht, die Wirtschaft- und Sozialpolitik der Nachkriegszeit — die angeblich total verkehrt gewesen sein soll — habe das Wirtschaftseinkommen zum Nachteil der Landwirte und zugunsten der Lohnarbeiter verschoben. Ein Ausgleich sei nur möglich, wenn dem einen das genommen werde, was der andere entbehrt. Der Ueberfluß soll bei den Lohnarbeitern sein!

Anderer können die häufigen Angriffe auf die Gewerkschaften nicht verstanden werden. Anders läßt sich auch nicht erklären, daß die beiden Präsidenten des Reichslandbundes gelegentlich der letzten Tagung desselben eine sehr zweifelhafte Stelle aus einem Vortrag des Universitätsprofessors Dr. Münzinger benutzen, um zu behaupten, daß ein württembergischer Kleinbauer — die rührende Bejagung um die „Kleinen“ und „Kleinsten“ ist recht auffällig! — einen Stundenlohn von nur 10 Pf. habe — „sofern überhaupt ein Einnahmeüberschuß erzielt wird“!! — der landwirtschaftliche Lohnarbeiter hingegen 30 bis 40 und der Industriearbeiter sogar 70 bis 80 Pf. Diese Gegenüberstellung kann in der Form, wie sie erfolgt ist, doch nur den Sinn haben — insofern in diesem Fall überhaupt von Sinn gesprochen werden kann —, daß der Bauer zu wenig, der Arbeiter aber zu viel verdient! Von einer Erörterung der offensichtlich sehr mangelhaften Münzingerischen Unterjochung sei Abstand genommen. Er hätte mindestens angeben müssen, wie hoch die Wohnung und der Eigenverbrauch der häuerlichen Familie bewertet wurden. Sind diese nicht abgezogen, dann kehrt dieser sagenhafte Kleinbauer seinen Betrieb innerhalb eines Jahres reiflos auf, es sei denn, daß er als Bau-, Sägewerk-, Forstarbeiter oder dergleichen tätig ist, also den „Kleinbauern“ zuzuzählen ist, die von Landbundsseite am heftigsten beschimpft werden.

Soviel zunächst zu dem Kapitel Landwirtschaft und Lohnarbeiterchaft. Zwar wissen wir, daß solche Erörterungen der landwirtschaftlichen Arbeitgeberchaft sehr unsympathisch sind. Aber das darf und soll uns nicht hindern, den landwirtschaftlichen Arbeitgeberführern zu raten, weniger zu übertreiben, wenn sie schon glauben, gegen die Arbeiterchaft unter allen Umständen Stellung nehmen zu müssen. Und dann wäre Mäßigung gegenüber der christlich-nationalen Arbeiterbewegung angebracht, die — obwohl ihr das gerade durch die Haltung der „Landwirtschaft“ nicht sehr leicht gemacht wurde — immer Verständnis für die Lage der Landwirtschaft gezeigt hat und auf deren Hilfeleistung die Landwirtschaft auch in Zukunft angewiesen sein wird. Nur so wird es möglich sein, Verständnis für die Lage der Landwirtschaft in allen Kreisen der Arbeiter zu wecken, wozu wir schon von der hartbedrängten Landarbeiter wollen gerne bereit sind. Die Landwirtschaft wird dadurch nur gewinnen.

Die „hohen“ Bauarbeiterlöhne

Bei jeder Lohnverhandlung im Baugewerbe wiederholen sich die Angriffe gegen die angeblich zu hohen Bauarbeiterlöhne. Wie wir in der vorigen Nummer der „Baugewerkschaft“ mitteilten, ist die Deutsche Volkspartei sogar dazu übergegangen, durch einen Antrag im Preussischen Landtag Stimmung gegen die Bauarbeiter zu machen. Die Deffentlich-

keit ist allzu leicht geneigt, den Angriffen Glauben zu schenken. Sie bedenkt nicht, daß die Tariflöhne kein der Wirklichkeit entsprechendes Bild vom Jahresverdienst des Bauarbeiters geben, weil der Bauarbeiter einen beträchtlichen Teil des Jahres ohne Arbeit ist, teils infolge von Witterungseinflüssen, teils auch, weil es immer noch an einer planmäßigen Verteilung der Bautätigkeit auf das ganze Jahr fehlt.

Ueber die tatsächliche Höhe des Bauarbeiterverdienstes gibt uns ein Bericht, der uns aus Borghorst zugesandt wird, ein klares Bild. Borghorst gehört zur Lohnklasse 4 des Tarifgebietes Westdeutschland. Der Durchschnittstagesverdienst betrug dort nach dem Tarif im Jahre 1928 für Maurer 8,40 RM., für Bauhilfsarbeiter 6,98 RM. Das macht für die Woche im Durchschnitt 50,40 RM. bzw. 41,88 RM., für das Jahr bei 300 Arbeitstagen 2520 RM. bzw. 2094 RM. In Wirklichkeit ergab sich aber in Borghorst bei 41 Maurern im Jahre 1928 im Durchschnitt nur ein Jahreseinkommen von 1792,97 RM., das macht für die Woche 34,48 RM. und für den Tag (auf 300 Arbeitstage verteilt) 5,98 RM. Bei 28 Bauhilfsarbeitern betrug das Jahreseinkommen im Durchschnitt 1553,33 RM., der Wochenverdienst 30,44 RM. und der Tagesverdienst 5,28 RM. Ob man unter solchen Umständen noch von hohen Bauarbeiterlöhnen reden kann, das zu beurteilen überlassen wir dem Leser. Die Durchschnittsarbeitslosigkeit betrug in den angezogenen Fällen für Maurer acht Wochen, für Bauhilfsarbeiter neun Wochen. In anderen Gebieten dürften die Verhältnisse nicht wesentlich anders, vielfach aber noch schlechter liegen.

Daß die „hohen“ Bauarbeiterlöhne nicht die Möglichkeit zu einem Wohlleben geben, wie das die vielfachen Behauptungen in der Deffentlichkeit vermuten lassen müßten, hat das im Vorjahr in der „Baugewerkschaft“ veröffentlichte Ergebnis unserer Erhebung über die Lebenshaltung der Bauarbeiter im Jahre 1927 gezeigt. Nirgends zeigte sich auch nur die Spur, daß über den dringendsten Lebensbedarf hinaus an eine Befriedigung kultureller Bedürfnisse gedacht werden konnte. Es mag angenommen werden, daß die Lohnerhöhungen des Jahres 1928 darin Wandel geschaffen haben. Tatsächlich haben sie ja nach dem Lebenshaltungsindex, auf dessen Mängel wir allerdings früher schon hingewiesen haben, eine geringe Steigerung des Realeinkommens gebracht. Daß aber noch immer keine wesentliche Steigerung des Lebenshaltungsindex erreicht ist, dürfte keinem Zweifel unterliegen.

Der geringeren Verbesserung steht im übrigen auch durch die neu eingeführte Sonderfürsorge für Saisonarbeiter eine Verschlechterung gegenüber. Die Ausnahmestellung der Bauarbeiter in der Arbeitslosenversicherung kann nur extrahen werden, wenn auf andere Weise ein Ausgleich des geminderten Einkommens geschaffen ist. Solange nicht eine bessere Verteilung der Bautätigkeit und dementsprechend eine bessere Beschäftigung über das ganze Jahr hin erreicht ist, kann der Ausgleich nur durch höhere Löhne geschaffen werden.

Allgemeine Rundschau

Die Verwaltungskosten in der Sozialversicherung

Die Verwaltungskosten der reichsgefeglihen Krankenkassen erreichten im Jahre 1928 insgesamt 91,1 Millionen RM., das sind 4,8 RM. auf ein Mitglied oder 7,2 Prozent der Gesamtausgaben (ohne Vermögensanlagen). Davon entfielen 73,2 Millionen RM. auf persönliche Verwaltungskosten. Die Verwaltungskosten der Erntekassen betragen 13,2 Millionen RM. oder 11,69 RM. je Mitglied, das sind 11,8 Prozent der Ausgaben. Die Verwaltungskosten der Erntekassen sind höher als bei den übrigen Kassenarten. Diese Erhöhung der Verwaltungskosten resultiert zum großen Teil daraus, daß sich der Wirkungsbereich einzelner Erntekassen über das ganze Reich erstreckt, räumlich also weiter ausgedehnt ist, als bei den reichsgefeglihen Krankenkassen, deren Wirkungsbereich in der Regel örtlich gebunden ist. Von den reichsgefeglihen Krankenkassen weisen die höchsten Verwaltungsausgaben je Mitglied die Jümmungskrankenkassen (6,9 RM.), die niedrigsten die Landkrankenkassen (3,9 RM.), was bei dieser Kassenart auf den günstigen Krankenstand und die Beschränkungen in den Mehrleistungen zurückzuführen sein dürfte. Bei den Betriebskrankenkassen werden die Verwaltungskosten überwiegend von den Unternehmern getragen, so daß diese Kassenart bei der Beurteilung ihrer Verwaltungskosten in diesem Zusammenhang auszuscheiden hat. Bei den knappschafflichen Kassen betrug der Verwaltungskostenjah 5,3 RM. je Mitglied.

Die Verwaltungskosten bei den Trägern der Unfallversicherung betrugen im Jahre 1927 insgesamt fast 34 Millionen RM., das sind fast 10 Prozent der Gesamtausgaben. Hiervon entfielen fast 27 Millionen RM. auf Verwaltungskosten persönlicher Art, das sind 8,1 Prozent der Ausgaben.

Die Verwaltungskosten der Träger der Invalidenversicherung betrugen im Jahre 1927 13,4 Millionen RM., das sind rund 5 Prozent der Beitragseinnahmen. Von den gesamten Einnahmen wurden 4,3 Prozent von den Gesamtausgaben 6,1

Prozent für die Verwaltung aufgewendet. An persönlichen Verwaltungskosten wurden 26,4 Millionen RM. ausgegeben.

Die Verwaltungskosten bei der Reichsversicherungsanstalt für Angestellte betragen im Jahre 1927 etwa 9,6 Millionen RM., wovon 6,2 Millionen RM. auf persönliche Verwaltungskosten entfielen. Der Aufwand aller persönlichen und sachlichen Verwaltungskosten betrug im Jahre 1927 etwa 3,4 Prozent der Beitragseinnahmen.

Bei der knappschafflichen Pensionsversicherung betragen die Verwaltungskosten im Jahre 1927 in der Arbeiterpensionskasse 6,8 Millionen RM. und in der Angestelltenpensionskasse etwa 1 Million RM., das sind etwa 3,5 Prozent bzw. 3,4 Prozent der Beitragseinnahmen.

Hat sich die Lebenshaltung der deutschen Arbeiterschaft gebessert?

Ueber diese Frage ist schon sehr viel diskutiert worden. Jede ernste, unboreingenommene Betrachtung kam zu dem Ergebnis, daß im allgemeinen eine Besserung der Lebenshaltung nicht eingetreten ist. So schreibt noch in den letzten Wochen Dr. Bruno Moll, Professor der Nationalökonomie an der Leipziger Universität, der ausdrücklich betont, daß er weder den Arbeitgebern noch den Arbeitnehmern nahestehe, in den „Leipziger Neuesten Nachrichten“ (47/1927) als Endergebnis seiner bemerkenswerten Untersuchungen: „Das Ergebnis bleibt, daß eine wesentliche Besserung der Lebenshaltung der Arbeiterschaft gegenüber der Vorkriegszeit nicht gut angenommen werden kann, ja, unter Berücksichtigung des Zeitfortschritts eher eine Verschlechterung. Dieses Ergebnis muß festgesetzt werden ohne Rücksicht darauf, ob es „taktisch“ richtig ist, wenn im gegenwärtigen Zeitpunkt derartiges ausgesprochen wird.“

Arbeitslosigkeit und Arbeitseinkommen

Die ungewöhnlich lange und harte Kälte dieses Winters hat die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger in der Arbeitslosenversicherung und Krisenfürsorge bis Mitte Februar auf rund 2 1/2 Millionen emporschwellen lassen. Während bei normalen Witterungsverhältnissen die wintertliche Arbeitslosigkeit schon in der zweiten Januarhälfte ihren Höhepunkt erreichte, hat sich in diesem Jahre auch im Februar die Zunahme der Arbeitslosigkeit weiter fortgesetzt.

Es liegt nahe, daß das Brauchliegen von so viel Arbeitskräften eine erhebliche Schwächung des Arbeitseinkommens zur Folge hat. Ueber den Umfang dieses Einkommensausfalles ist man allerdings mangels genauer Unterlagen auf Schätzungen angewiesen. Das Institut für Konjunkturforschung veranschlagt, daß im Januar und Februar zusammen wegen der weit geringeren Beschäftigung das industrielle Arbeitseinkommen insgesamt um etwa 200 bis 250 Millionen RM. niedriger war als im entsprechenden Zeitraum des Vorjahres. Auch das landwirtschaftliche Arbeitseinkommen ist erheblich geringer geworden, doch entzieht sich dieser Verlust einer einigermaßen zuverlässigen zahlenmäßigen Schätzung. Immerhin gewinnen wir über die Größe dieses Verlustes eine anschauliche Vorstellung, wenn wir uns vergegenwärtigen, daß bei normaleren Witterungsverhältnissen die Landwirtschaft im Februar gewöhnlich 100 000 fremde Arbeitskräfte mehr als im Januar beschäftigte. In diesem Jahre ist diese Mehrbeschäftigung wegen der im Februar herrschenden abnormen Kälte ausgefallen.

Diesen Verlusten an Arbeitseinkommen stehen die Beträge gegenüber, welche die Arbeitslosenversicherung und die Krisenfürsorge aufgewendet haben. Sie sind schätzungsweise für die beiden ersten Monate des Jahres im Vergleich zum Vorjahre um rund 100 bis 120 Millionen RM. gestiegen. Danach dürfte sich für Januar und Februar zusammen gegenüber 1928 ein Nettoverlust an industriellem Arbeitseinkommen von mindestens 100 bis 150 Millionen RM. ergeben.

Aus dem Verbandsleben

Verwaltungsstelle Allenstein. In den letzten Wochen fanden in unserer Verwaltungsstelle die Generalversammlungen der einzelnen Ortsgruppen statt. In demselben erstattete Kollege Pappe den Jahres- und Kassenbericht. Die Baukonjunktur in Allenstein ließ viel zu wünschen übrig. Die Mehrzahl unserer Kollegen kam erst Ende Juni, Anfang Juli in Arbeit, und mußte verschiedentlich schon Mitte Oktober aufhören. Dieses bewirkt, daß eine große Anzahl der Kollegen nicht in den Genuß der Arbeitslosenversicherung kam, und da die Krisenunterstützung auch für Gemeinden über 25 000 noch nicht erweitert ist, sind diese Kollegen bis heute auf die Gnade des Wohlfahrtsamts angewiesen. Diese Verhältnisse sollten den Eltern derjenigen jungen Leute zu denken geben, die das Maurer- und Zimmererhandwerk erlernen wollen. Man kann nur warnen, dem jetzt schon überfüllten Bauhandwerkerberuf mehr Lehrlinge zuzuführen, da sie doch, wenn sie ausgelernt haben, erwerbslos werden. In sozialpolitischer Hinsicht sind wir im Jahre 1928 nicht vorwärts, sondern rückwärts geschritten. Die Verordnung über die Sonderregelung für den Fall der berufsbahenden Arbeitslosigkeit hat die Bauarbeiter sozialpolitisch zurückgekehrt. Trotz der Schwierigkeiten sind im verfloffenen Jahre 149 Kollegen neu aufgenommen worden. Der Bestand der Kollegen hat sich um 34 gehoben. Die Kassenverhältnisse sind trotz der großen Arbeitslosigkeit gegenüber dem Vorjahr besser geworden.

Die Wahlen hatten folgendes Ergebnis: Bei der Maurergemeinschaft ist der gesamte Vorstand wiedergewählt worden. Bei der Ortsgruppe der Zimmerer sind folgende Mitglieder gewählt worden: 1. Vorsitzender Fr. Sendorowski, 2. Vorsitzender W. Markewitz, 1. Schriftführer Jos. Schwenzler, 2. Schriftführer Moj. Wagner. Bauhilfsarbeiter: 1. Vorsitzender Jos. Kneiff, 2. Vorsitzender Aug. Jankowski, 1. Schriftführer Paul Baurowitz, 2. Schriftführer Erich Schöngrat.

Nach einer Ansprache des Verwaltungsvorsitzenden Grabowski, der die Kollegen ermahnte, im neuen Jahre kräftig in der Agitation für unseren Verband tätig zu sein, wurden die gut besuchten Versammlungen geschlossen.

Berwaltungsstelle Barmen. Am 3. März fand die Generalversammlung der Verwaltungsstelle statt. Der Vorsitzende, Kollege Banger, wies bei der Eröffnung darauf hin, daß das vergangene Geschäftsjahr ein Jahr des Fortschrittes gewesen sei, da für den Hauptberuf eine Lohnerhöhung von 8 bzw. 6 Pf. erreicht wurde. Auch im Stützgewerbe konnte eine Lohnerhöhung und im Plattengewerbe ein Tarifvertrag mit annehmbarer Lohnerhöhung vereinbart werden. Leider habe der frühe Winter uns in unserer Weiterentwicklung stark gehemmt, er wünsche und hoffe aber, daß die Hemmung in diesem Frühjahr durch größeren Eifer in der Werbetätigkeit wieder wettgemacht würde. Den Kassenbericht für das vierte Vierteljahr 1928 gab Kollege Deppe. Der Jahreskassen- und Tätigkeitsbericht lag gedruckt vor. Die Konjunktur war eine fast gute zu nennen und brachte daher auch eine Fülle von Arbeit für den Anstellten. Um den Kollegen zu ihrem Recht zu verhelfen, mußten am Arbeitsgericht 15 Klagen anhängig gemacht werden, die alle mit vollem Erfolg endeten. Am Oberberufungsamt wurden sieben Klagen anhängig gemacht, von denen sechs mit vollem und eine ohne Erfolg erledigt wurden. Ebenso waren 16 Schlichtungskommissionssitzungen notwendig, um den Kollegen zu ihrem Recht zu verhelfen. An Geldgewinn wurden 3966,58 RM. erzielt. Der Anstellte nahm teil an 27 Vorstandssitzungen, 21 Besprechungen, 85 Mitgliederversammlungen und 16 Betriebsversammlungen. Der Schriftverkehr gestaltete sich wie folgt: 297 Briefe, 333 Karten, 158 Drucksachen, 37 Geldsendungen, 2 Pakete und 1 Telegramm. Die Aufnahmen betragen für Barmen 102, dazu 8 Lehrlinge, für Elberfeld 80, dazu 4 Lehrlinge, Uebertritte 28. Leider ist die Fluktuation noch sehr stark. Der Versammlungsbetrieb war leider kein guter. Mehr Beachtung soll und muß der Jugendarbeit geschenkt werden. Dieserhalb wurden einige Kommissionen eingesetzt, die sich nur dieser Arbeit widmen. Leider kann sich ein Teil der abreisenden Kollegen nicht daran gewöhnen, sich ordnungsgemäß abzumelden. Allen denen, die mitgearbeitet haben, sei herzlich gedankt. Wenn nicht alle Anzeigen trügen, so wird auch in diesem Jahre die Bautätigkeit eine ziemlich gute werden. Der alte Vorstand wurde, mit Ausnahme des Kollegen Heimann (Barmen), der neu gewählt wurde, einstimmig wiedergewählt: 1. Vorsitzender G. Banger (Barmen), 2. Vorsitzender G. Meyer (Wülfrath), 1. Kassierer S. Deppe, 2. Kassierer S. Staat (Schwelm), 1. Schriftführer Peter Lunz (Barmen), 2. Schriftführer A. Heimann (Barmen), Kassenprüfer G. Pfeifer und Fidor Krey (Barmen). Sodann hielt Kollege Deppe einen kurzen Vortrag über unsere Frühjahrsagitation. Notwendig sei in allen Ortsgruppen eine gute Hausagitation. Wo seine Hilfe erforderlich sei, wolle er gern mitarbeiten. Ebenso müßte unter allen Umständen auf allen Baustellen des Verwaltungsgebietes, wo mehrere Kollegen unseres Verbandes arbeiten, darauf gedrungen werden, daß ein Baudelegierter unsererseits vorhanden ist. Baudelegiertenversammlungen sollten überall stattfinden. Alle im Laufe der Tagung vorgetragenen Wünsche und Anregungen wurden von den Delegierten gutgeheißen. Mit dem festen Versprechen, das Gewollte in die Tat umzusetzen, wurde die von starker Begeisterung getragene Generalversammlung geschlossen.

Freiburg i. Br. Am 3. März hielt die Verwaltungsstelle Freiburg ihre diesjährige Generalversammlung im „Ganterbräu“ in Freiburg ab. Alle Ortsgruppen hatten ihre Vertreter entsandt. Den Geschäfts- und Kassenbericht gaben die Kollegen Koch und Schüller. Aus demselben ging hervor, daß wir trotz der schlechten Konjunktur in Freiburg ein Stück vorangekommen sind. Der Versammlungsbetrieb war das ganze Jahr über ein guter. Die Einnahmen betragen 23 048,50 RM. Gute Arbeit wurde auch in der Rechtschutzfähigkeit geleistet. An den Arbeitsgerichten konnten im Laufe der letzten sechs Monate 1539,75 RM. für die Kollegen wieder herausgeholt werden. Der seitherige Vorstand wurde wiedergewählt. Neu hinzugewählt wurden zwei junge Kollegen. Ebenso wurden auch zwei junge Kollegen als Kartelldelegierte gewählt. Den Schluß der Tagung bildete ein Vortrag des Bezirksleiters, Koll. Heinrich. Das Jahr 1928 habe uns auf gewerkschaftlichem Gebiete gute Erfolge trotz der schlechten Konjunktur gebracht. Wichtige Interessen der Arbeiterschaft würden heute in den Parlamenten entschieden. Deshalb gehe es für die christliche Arbeiterschaft, hier den notwendigen Einfluß zu gewinnen. Zu den Tarifverhandlungen übergehend, erklärte Kollege Heinrich, daß bis jetzt noch nicht mit Bestimmtheit gesagt werden könnte, ob wir ohne Kampf zu einem tragbaren Abschluß des Reichstariifes kämen. Noch schwieriger würden sich allerdings die Verhandlungen über die Bezirkstariife gestalten. Zum Schluß forderte er alle Kollegen auf, in der kommenden Frühjahrsagitation ihre ganze Kraft zur Verfügung zu stellen und auf diese Weise an dem

Am 23. März 1929 ist der zwölfte Wochenbeitrag für das Jahr 1929 fällig.

Aufstieg unseres Standes und der gesamten Arbeiterschaft mitzuhelfen.

Vorsitz (Heffen). Am 3. März hielt die Zahlstelle Vorsch ihre Generalversammlung ab. Sie war gut besucht und verlief sehr anregend. Als Vertreter der Verwaltungsstelle war Kollege Bell aus Mannheim erschienen. Aus dem vom Vorsitzenden, Kollegen Thoma, erstatteten Geschäftsbericht war zu ersehen, daß im Jahre 1928 in unserer Zahlstelle gute Arbeit geleistet wurde. Anschließend sprach Kollege Bell über unsere Arbeit in den nächsten Monaten. Er betonte die unbedingt notwendige Stärkung unserer Bewegung und gab der Hoffnung Ausdruck, daß sich in der nächsten Zeit alle Kollegen an der Werberarbeit in unserem Verband beteiligen werden. Ein besonderes Augenmerk sei hierbei auf die Erfassung der Lehrlinge und jugendlichen Kollegen zu richten. In der Aussprache zeigte sich, daß alle Kollegen bereit sind, sich mehr wie bisher für unsere Sache einzusetzen. Zum Schluß wurde dann der alte Vorstand durch Kuruf in seiner Gesamtheit wiedergewählt.

Hemscheid. (Jahresbericht.) Die Konjunktur, die spät einsetzte, war nicht befriedigend. Nur in den wenigen Sommermonaten war Arbeitsgelegenheit für die Bauarbeiter vorhanden, während die Arbeitslosigkeit bereits im November einsetzte. Trotzdem können wir mit der Entwicklung unseres Verbandes zufrieden sein. Im Berichtsjahre setzten wir 2231 Beitragsmarken, 3911 beitragsfreie Marken, zusammen also 2622 Marken ab oder pro Kopf 47,6 Stück. Die Einnahme beträgt 35 755,91 RM. oder 68,52 RM. pro Mitglied. Aufnahmen wurden 154 gemacht und 17 Kollegen traten zu unserem Verbands über. Vom Sekretariate gingen 2614 Briefe, Postkarten und Drucksachen aus. Mitgliederversammlungen fanden 89, öffentliche Versammlungen 8, Vorstands- und Vertrauensmännerversammlungen 87 statt. In 121 Fällen wurde Rechtschutz erteilt. In 17 Fällen mußte Klage am Arbeitsgericht und in 2 Fällen Einspruch beim Spruchauschuß des Arbeitsamtes bzw. Landesarbeitsamtes erhoben werden. Durch die Rechtschutzerteilung wurden für die Kollegen 1406,84 RM. herausgeholt. In den öffentlichen Körperschaften haben 12 Verbandsmitglieder Gelegenheit, die Interessen unserer Kollegen zu vertreten. Die Bestimmungen des Tarifvertrages wurden im allgemeinen durchgeführt. Nur in der Frage der Arbeitszeit wird eine Besserung eintreten müssen. Der Bauarbeiterschutz läßt, besonders in den ländlichen Gebieten, viel zu wünschen übrig. Für trockene Lagerung der Baumaterialien ist allgemein bestens gesorgt, während die Baubuden für die Arbeiter mangelhaft sind. Das Zusammenarbeiten zwischen Mitgliedern, Vorstand und Verbandsleitung kann als gut bezeichnet werden. Auch das Verhältnis zwischen der Post- und Schachtmeistergruppe und der Verbandsleitung ist gut. Mühe es auch in Zukunft so bleiben. Allen Mitarbeitern, besonders aber unseren Vertrauensleuten, sei an dieser Stelle herzlich gedankt.

Leistung. Am 3. März fand unsere Generalversammlung statt. Der Vorsitzende, Kollege Upe, gab einen Bericht über die Winterverwaltung. Er freute sich, daß ein guter Geist in den Kollegen herrsche und auch die Jugend sich besser beteilige. Es sind 70 Kollegen angemeldet, davon entfallen 12 auf Berlin-gerode. Der Markenumsatz war befriedigend. Am 13. Januar feierten wir unser Gewerkschaftsjahr mit den Tabak- und Textilarbeiterinnen zusammen, welches sehr gut verlaufen ist und einen Ansporn gibt für weiteres gewerkschaftliches Zusammenarbeiten. In der Vorstandswahl wurde der alte Vorstand einstimmig wiedergewählt. Drei Kollegen wurde die Ehrenurkunde für 25jährige Mitgliedschaft durch den Vorsitzenden überreicht. Zum Schluß ermahnte der Vorsitzende die Kollegen, im gewerkschaftlichen Sinne weiter zu arbeiten, damit der Verband weiter gefördert würde. Der zweite Vorsitzende Heine, empfahl den Kollegen, den „Deutschen“ zu lesen.

Herne. Unsere diesjährige Generalversammlung fand am 6. März statt. Sie war sehr gut besucht. Der erste Vorsitzende, Kollege Meilenbrock, gab den Jahresgeschäftsbericht. Im vergangenen Jahre haben wir zwölf Versammlungen abgehalten. Sodann sind zwei Feste abgehalten worden, eins von der Ortsgruppe und das andere von der Jugendgruppe Herne-Sodingen. Nach dem Bericht fand eine eifrige Diskussion statt. Hieran schloß sich der Jahreskassenbericht des 1. Kassierers, Kollegen Claus an. Unsere Einnahmen beliefen sich auf 11 373,85 RM. Beitragsmarken haben wir umgekehrt 9581 Stück. Als erster Vorsitzender, erster Kassierer und erster Schriftführer wurden die Kollegen Meilenbrock, Claus und Symanski wiedergewählt. Neugewählt wurden: Als zweiter Vorsitzender Kollege Redentress, als zweiter Schriftführer Kollege Koch, als Kartelldelegierte die Kollegen Ludwig und Hörauf. Kollege Claus und Borgmeier waren schon früher gewählt, so daß wir jetzt vier Kollegen als Kartelldelegierte haben. Als Ortsgruppendelegierter wurde der Kollege Rudrez gewählt, als Kassenrevisoren die Kollegen Borgmeier und Wald. Unter „Verschiedenes“ wies der Kassierer darauf hin, daß der stark Verbrauch von beitragsfreien Marken hauptsächlich darauf zurückzuführen sei, daß die zugereisten Kollegen sich nicht ordnungsgemäß ab- und anmelden, sodaß ihre Bücher nicht in Ordnung sind. Mit dem Gelöbnis, auch in diesem Jahre an dem Ausbau unserer Organisation mitzuarbeiten, wurde die gut verlaufene Versammlung geschlossen.

Hannover. Am 7. März fand unsere Generalversammlung statt, die leider sehr schwachen Besuch aufwies. Infolge des langen Winters waren die auswärtigen Kollegen noch nicht zurückgekehrt. Aus dem Geschäftsbericht ist zu entnehmen, daß das vorige Jahr eine gute Konjunktur hatte. Auch für dieses Jahr sind die Aussichten nicht schlecht. Das Bauprogramm der Stadt sieht zunächst 3650 Wohnungen vor, für die die Hauszinssteuerhypotheken sichergestellt sind. Die Einnahmen betragen 66 040 RM., je Beitragswoche 1,51 und 7,4 Arbeitslosenmarken im Durchschnitt. Der gesamte Vorstand wurde einstimmig wiedergewählt. Durch die Rechtschutzfähigkeit des Verbandes wurde für 32 Mitglieder ein Barerfolg von 1070 RM. erzielt. Kollege Cfermann berichtete sodann über die schwebenden Tarifverhandlungen und gab der Hoffnung Ausdruck, daß bis zum 1. April der Reichstariif und auch die Lohnfrage geregelt sei. Von einigen Mitgliedern wurde zum A.E.W. recht kritisch Stellung genommen. Die regelmäßige Monatsversammlung findet jeden ersten Donnerstag im Monat statt.

Heinroth. Am 8. März fand hier eine Versammlung statt, in welcher Kollege Jung einen Vortrag über Zweck und Ziel des Zentralverbandes christlicher Bauarbeiter hielt. Den beifällig aufgenommenen Ausführungen folgte eine sehr rege Aussprache, die darin ihren Ausgang fand, daß eine Ortsgruppe von 20 Mitgliedern gegründet wurde. In den Vorstand wurden gewählt die Kollegen Georg Wolf als Vorsitzender, Alfons Ruhs als Schriftführer und Wilhelm Groß als Kassierer. In seinem Schlußwort ermahnte Kollege Jung die neugewonnenen Kollegen, durch Hausagitation dafür zu sorgen, daß die noch vorhandenen Unorganisierten reiflos für unseren Verband gewonnen werden, was auch versprochen wurde.

Vom Eichsfeld. Leider kann das Eichsfeld nicht alle seine Bewohner ernähren. Und so ziehen seit Jahrzehnten alljährlich Tausende von Bauhandwerkern in die mehr oder weniger entlegenen Großstädte und Industrieviertel, um hier Arbeit und Verdienst zu finden. Hier wie in der Heimat sind die Eichsfelder als tüchtige Gewerkschaftler bekannt. Ein nicht geringer Teil der Verbandsangestellten ist aus ihnen hervorgegangen. Es ist darum nicht verwunderlich, daß das Gewerkschaftsleben und die Gewerkschaftsbewegung im Winter im Mittelpunkt der örtlichen Ereignisse stehen. Ist der Gewerkschaftler aus der Fremde zurückgekehrt und hat er im Kreise seiner Lieben das Weihnachtsfest gefeiert, so wird kurz nach diesem die erste Versammlung angesetzt. Nicht immer ist es möglich, einen Gewerkschaftsbeamten als Redner zu bekommen, und da trägt dann ein jeder dazu bei, die Versammlung lehrreich zu gestalten. Fast in jeder Ortsgruppe wird im Laufe des Winters ein Gewerkschaftsfest abgehalten, und das Erscheinen eines jeden Mitgliedes wird als Ehrensache betrachtet. Dadurch werden auch die Frauen dem Verbandsleben nähergebracht, eine wichtige Sache, wie jeder Hauskassierer weiß. Ein ganz besonderer Festtag war für uns die Aufführung unseres Films: „Die Leute vom Bau“. Der Kronprinzensaal in Oudersdorf konnte die Menge nicht fassen, ein großer Weiz mußte wegen Ueberfüllung umkehren. Der beste Beweis dafür, daß der Eichsfelder ein großes Verbandsinteresse hat. Rege Beteiligung und großes Interesse fand auch der in Weizenborn abgehaltene Kursus. Kollege Zumebrod führte uns das Werden unseres Verbandes aus den kleinsten Anfängen heraus leicht faßlich vor Augen. So recht kam es uns zum Bewußtsein, welche ungeheure Arbeit geleistet werden mußte, um unseren Verband auf die jetzige Rangstufe zu bringen. Kollege Leuninger sprach über die Jugendarbeit. Ein besonders wichtiges Kapitel, denn wer die Jugend hat, der hat die Zukunft. Wir kommen deshalb nicht daran vorbei, uns mit der heutigen Jugend und den Fragen, die sie bewegen, gründlich zu beschäftigen. Die Jugend will in ihrer besonderen Eigenart verstanden und anerkannt sein.

Stuttareure

Münster in Westf. Zwecks Besprechung der Verhältnisse im Stützgewerbe fand am 6. März im Gewerkschaftshaus eine kombinierte Stuttareurversammlung statt. Es wurde besonders darüber Klage geführt, daß sich die Maurer dazu hergeben, Stützarbeiten für Maurerlohn auszuführen. Die Organisationen wurden beauftragt, keine Mittel unverzucht zu lassen, um dieses zu verhindern. Jeder Maurer, der Stützarbeiten ausführt, hat den Stuttareurlohn zu verlangen. Weigert sich der Unternehmer, dann ist es Pflicht des Kollegen, die Arbeit zu verweigern. In Münster ist es von jeher so gewesen, daß alle Stützarbeiten als Stützarbeiten gelten. Auch die Kollegen im Stützgewerbe haben ein Anrecht darauf, daß der unter vielen Mühen und Opfern geschaffene Lohn nicht zerstückelt wird. Des Weiteren wurden die Organisationsverhältnisse besprochen und festgesetzt, daß noch einige Kollegen es nicht für notwendig halten, sich der Organisation anzuschließen. Diesen Kollegen soll ein von beiden Organisationen unterzeichnetes Schreiben zugesandt werden mit der Anfrage, ob sie bereit sind, sich der Organisation wieder anzuschließen. Sollte dieser Hinweis nicht genügen, so sollen weitere Maßnahmen ergriffen werden. Da festgesetzt wurde, daß die Kontrolle der Mitgliedsbücher mangelhaft ist, wurde beschlossen, in allen Geschäften einen Obmann einzusetzen. Da aus allen Geschäften Kollegen anwesend waren, wurde diese Angelegenheit sofort erledigt. Gleichzeitig wurde beschlossen, daß die Obmänner die Pflicht haben, allmonatlich eine Statistik anzufertigen über die Zahl der Beschäftigten und diese den Organisationen bis zum 15. eines jeden Monats zu übermitteln. Diese Kontrolle soll auch dazu dienen, festzustellen, ob alle im Stützgewerbe beschäftigten Kollegen den Tarif-

John erhalten und ihrer Pflicht gegenüber der Organisa- tion nachkommen. Nachdem noch einige unwesentliche Fragen ihre Erledigung gefunden hatten, wurde die anregend verlaufene Versammlung geschlossen. Dg.

Zimmerer

Münster i. W. Am Sonntag, 3. März, hielten wir im Lokale Brabender unsere diesjährige General- versammlung ab. Trotz der langen Arbeitslosigkeit war der Besuch ein guter zu nennen. Es wurde be- sonders darauf hingewiesen, daß die Kollegen sich aktiv an der Werbearbeit beteiligen müßten. Auch in Ueber- nahme von Delegiertenposten dürfte man mehr Bereit- willigkeit zeigen und sich nicht zu drücken versuchen. In den Geschäften, wo Delegierte vorhanden sind, sind die größten Erfolge aufzuweisen und auch die wenigsten Streitfälle zu verzeichnen. Im Berichtsjahre mußten zwei Klagen angehängt werden wegen Ent- lassung von Platzdelegierten. In einem Fall hatten wir vollen Erfolg, der Unternehmer wurde verurteilt, an den Kläger 168,00 RM zu zahlen und sämtliche Kosten zu tragen. Mit der anderen Klage wurden wir abgewiesen. Wegen Lohnstreitigkeiten mußte in zwölf Fällen beim Arbeitsgericht Klage erhoben werden. Des weiteren wurde mitgeteilt, daß die Jugendgruppe der Zimmerer sich im vergangenen Jahre gut entwickelt hat.

Die Vorstandswahl hatte folgendes Ergebnis: 1. Vorsitzender: August Keuthen, 2. Vorsitzender: August Harms, 1. Schriftführer: August Sie- bened, 2. Schriftführer: Bernh. Normann, Bei- sizer: Fritz Schürmann, Hubert Schürbeß- mann, Kartelldelegierte: Aug. Keuthen, Heinr. Hartmann.

Kollege Dumenig sprach anschließend über die für 1929 in Aussicht stehende Bautätigkeit in Münster. Da die Bautätigkeit gut zu werden verspricht, muß es unsere Aufgabe sein, dafür Sorge zu tragen, daß die Bauaufträge auf das ganze Jahr verteilt werden, um eine frühzeitige Arbeitslosigkeit zu verhindern. — Des weiteren wurde beschlossen, die Versammlungen künftig durch Ausdruck auf die „Baugewerkschaft“ bekannt- zugeben.

Jugendbewegung

Oberglogau. Am 17. Februar fand im Vereins- lokal Willimst die zweite Generalversammlung un- serer Jugendgruppe statt. Der Führer der Gruppe, Kollege Gulin, eröffnete dieselbe und begrüßte die Kollegen, vor allem die älteren, die dadurch ihr Interesse für die Jugendgruppe zeigten. Auch begrüßte er den ersten Vorsitzenden der Gruppe, Kollegen Treutler, der einem Bier-Kochenturnus in Königs- winter a. Rh. beigewohnt hatte und gab der Hoffnung Ausdruck, daß er das dort erworbene Wissen in unserer Ortsgruppe zum Wohle der Bewegung anwenden möge. Vor Eintritt in die Tagesordnung wurde die Bau- arbeiterkammer gezeugt. Hierauf nahm Kollege Treutler das Wort. In launiger Weise schilderte er uns die Eindrücke der Hin- und Rückreise sowie seinen Aufenthalt in Königswinter. Danach schritt man zur Vorstandswahl. Als Führer der Gruppe wurde Kol- lege Treutler gewählt, Kollege Karl Gulin als 1. Vor- sitzender, Kollege August Janitzel als 2. Vorsitzender, als Schriftführer Kollege Willi Gwisjz, als dessen Stellvertreter Kollege Franz Janitzel, als Kassierer Kollege Robert Sawzyl und Binz, Bajor, als Wieder- wahl Kollege Franz Koperlit, als Fahrwart Kollege Willi Upsilon. — Dann hielt Kollege Janitzel einen Vortrag über „Klassenstaat und Klassenkampf“, der mit größtem Interesse angehört wurde und starken Beifall sowie eine lebhafteste Diskussion auslöste. Danach wurde beschlossen, die wöchentlich stattfindenden Ge- sangs- und Abendsabende in derselben Weise wie bisher weiterzuführen. Hieran schloß sich eine freie Aussprache, die recht rege war. Nachdem der Vor- sitzende unserer Ortsgruppe, Kollege Bialek, zum Schluß noch einige warme Worte an die Jugendgruppe gerichtet hatte, wurde die Versammlung mit dem Absingen eines Liedes geschlossen.

Reddinghausen. („Wenn das so weitergeht...“) Vor etwa einem Jahre wurden auch in unserer Verwaltungsstelle Jugendgruppen gegründet, und zwar in Reddinghausen, Reddinghausen-Süd, Herne und Heren. In gewerkschaftlicher Hinsicht zeigte die Ju- gend reges Interesse, was auch unser Jugendleiter, Kollege Leuniger, bei unserer Jugendwerberverjamml- ung in Reddinghausen feststellen konnte. Es gibt aber auch noch viele christlich organisierte Jugendliche, welche unserer Jugendgruppe fernbleiben. Die heutige Jugend, besonders die Stadtjugend, ist bestrebt, dorthin zu gehen, wo ihr am meisten geboten wird. Sämtliche Vereine, Parteien und dergleichen, sind auch bestrebt, die Jugend für ihre Interessen zu gewinnen. Was soll da aus unseren Jugendgruppen werden, wenn wir nicht unser Möglichstes tun. Alle Hebel müssen in Bewegung gesetzt werden, um unsere Jugendlichen zu behalten und die übrigen zu gewinnen. Es wäre angebracht, was geeignete Mittel zur Agitation usw. zu beschaffen. Mit einwöchigen Vorträgen in den Versammlungen ist die Jugend nicht zufriedenzustellen. Auch zur Pflege edler Geselligkeit gehört heutzutage wirklich etwas anderes, als das bisher Gebotene, und das Gute wiederum jetzt entsprechende finanzielle Mittel voraus. Werden uns diese verweigert, so bedienter das für uns den Zusammenbruch. Wo bleiben die uns versprochenen Unterrichtsstunden? Bis jetzt haben wir in unserer Verwaltungsstelle noch keinen einzigen zu verzeichnen. Sind wir denn wirklich Stief- kinder der Jugendbewegung? Der Besuch der Ver- sammlungen wird immer spärlicher. Der schon lange

durch die Verwaltungsstelle beim Kollegen Leuniger bestellte Baukasten läßt auch lange auf sich warten. Ob die Herstellung und Beschaffung eines Baukastens wirklich so lange dauert? Gibt es in nächster Zeit keinen Umschwung, so gehen unsere Jugendgruppen der Verwaltungsstelle Reddinghausen hoffnungslos zu- grunde. Eine derjenigen ist schon eingegangen. Wollen wir etwas erreichen, so muß unsere jetzige, wahrlich nicht günstige Lage durchgreifend umgestaltet wer- den, und daß das geschieht, hoffen wir auf das bestimmteste. J. S.

Sozialpolitik u. -versicherung

Gewährung und Entzug der Invalidenrente. Es bestehen häufig Unklarheiten darüber, inwieweit In- validität, d. h., Arbeitsunfähigkeit, vorliegen muß, damit ein Versicherter eine Invalidenrente erhalten kann. Vielfach wird geglaubt, daß schon das Bestehen einer mit Arbeitsunfähigkeit verbundenen Krankheit hierfür genügt. Die Invalidenrente muß aber nur gewährt werden, wenn eine Erwerbsunfähigkeit von über 66% Prozent besteht. Sehr zahlreich sind die Personen, die trotz des Bestehens erheblicher Arbeits- unfähigkeit und trotz der ergebnislosen Versuche, lohn- bringende Arbeit zu erhalten, mit ihren Rentenan- trägen abgewiesen werden. Nach der Rechtsprechung des Reichsversicherungsamtes bedeutet Invalidität im Sinne der Invalidenversicherung wohl Erwerbsun- fähigkeit, diese wird aber bestimmt durch das Maß der Fähigkeit, sich durch Arbeit einen Erwerb zu verschaffen.

Seltener wird beobachtet, daß die Invalidenrente, abgesehen von der Altersinvalidenrente, solchen Per- sonen gewährt wird, die tatsächlich noch einen nen- nenswerten Verdienst haben. Es kommen solche Fälle vor, es sind aber Ausnahmefälle. Wenn es auf der einen Seite für die Gewährung der Invalidenrente nicht darauf ankommt, daß der Rentenbewerber auch wirklich die ihm zugemutete Arbeit findet, darf es andererseits auch nicht zur Rentenverweigerung füh- ren, wenn der Rentenbewerber durch besonders günstige Umstände durch Lohnarbeit einen höheren Lohn er- zielt. Letzteres hat das Reichsversicherungsamt erst kürzlich in einer bemerkenswerten Entscheidung zum Ausdruck gebracht.

§ 208 der Reichsversicherungsordnung geht vor die Bestimmungen der Krankenkasse. (Oberverfiche- rungsamt Hannover.) In einer Streitfrage des Kollegen K. mit der Allg. Ortskrankenkasse Linden be- züglich Familienhilfe lehnte die Kasse die Gewäh- rung der Familienhilfe mit der Begründung ab, daß K. nach den Satzungen der Kasse noch keine sechs Wochen als Mitglied angehört. K. war durch Wechsel der Arbeitsstelle aus der bisherigen Kasse, die Familienhilfe gewährt hatte, ausgeschieden. In unserer Begründung des Einspruches nahmen wir Bezug auf § 208 der Reichsversicherungsordnung, worin es heißt, daß diejenigen Versicherten von einer Karenzzeit ausgenommen sind, die den Nachweis er- bringen, daß sie in den letzten zwölf Monaten min- destens sechs Monate in Kassen versichert waren, die Mehrleistungen gewährten. Trotz dieser klaren Bestim- mung lehnte die Kasse die Uebernahme der Familien- hilfe ab und das Versicherungsamt trat dieser Auf- fassung bei. Das Oberversicherungsamt gab jedoch unserer Forderung statt und sagt in der Begründung, daß, falls die Voraussetzungen des § 208 Abs. 2 er- füllt sind, diese Bestimmung zwingender Natur ist und die entgegenstehende Satzungsbestimmung außer Kraft setzt.

Jahresermäßigung für Schwerbeschädigte. Auf eine Eingabe des Zentralverbandes deutscher Kriegs- beschädigter und Kriegerhinterbliebener e. B. Berlin hat die händige Tarifkommission der Deutschen Reichs- bahn-Gesellschaft beschlossen, die Zahl der für den Kranken oder Kriegsbeschädigten zu leistenden Fahr- karten bei Beförderung im Selbstfahrer oder Kranken- stuhl im Radwagen von 2 auf 1 1/2 Fahrkarten 3. Klasse zu ermäßigen. Ferner soll die bisher nur für Kranke mit Tragbett vorgesehene Beförderungsmöglich- keit in einem Wagenabteil 3. Klasse künftig auch auf Kranke und Kriegsbeschädigte im Selbstfahrer, Kranken- stuhl oder Traggestell, sofern sich diese Vorrichtungen im Abteil unterbringen lassen, ausgedehnt werden.

Bücherschau

Neue Schriften, die dir fehlen: 1. Sammlung der wichtigsten Bestimmungen und Richtlinien zum Gesetz über Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung. Enthält alle für den Arbeitnehmer wichtigen Bestimmungen, die im letzten Jahre ergangen sind. Umfang 88 Seiten. Preis für Mitglieder, einschließlich Versand und bei Voreinsendung, nur 0,75 RM. — 2. Einspruch, Berufung und Beschwerde nach dem Gesetz über Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung mit einem An- häng wichtiger Entscheidungen des Spruchsenats beim Reichsversicherungsamt. Diese Schrift wird dir bei vor- kommenden Fällen wertvolle Dienste leisten. Umfang 24 Seiten. Preis für Mitglieder, einschließlich Versand und bei Voreinsendung, nur 0,20 RM. — 3. Die Arbeiter- und die christliche Gewerkschaftsjugend. 2. Auflage. Eine Sammlung von 300 der besten Gewerkschafts-, Deutsches, Volks-, Berufs-, Bänder- und Scherleider, so- wie 21 Vorträge und Gedichte. Mitgliederpreis bei Vor- einzahlung, einschließlich Versand, 0,85 RM. Bei Sammel- bestellungen sind alle diese Schriften billiger. — Wir raten dringend, die Bestellung auf der Zahlkarte an unser Post-

Adresskonto Berlin 422 29 zu machen, da die sonst notwendige Nachnahme die Bücher unnütz verteuert. Christlicher Gewerkschafts-Verlag, Berlin-Wilmersdorf, Kaiserallee 25.

Briefkasten der Redaktion

A. Z., Oberglogau. Dein Bericht mußte hier erst umgeschrieben werden. Diese völlig unproduktive Ar- beit wäre uns erspart geblieben, wenn Du die Brief- kastennotiz in Nr. 7 der „Baugewerkschaft“ beachtet hättest.

Nach Schallodenbach und Wiedeloh. Eure Gene- ralversammlung fand am 12. Januar bzw. am 27. Januar statt, und am 5. März oder noch später wurde „schon“ der Bericht darüber geschrieben. Die Berichte können keine Ausnahme mehr finden.

Bekanntmachungen

Verwaltungsstelle Hörter i. W.

Die Kollegen der Ortsgruppen Hörter, Brent- hausen, Obenhäusen und Lütmarßen haben sich zwecks An- meldung beim Verwaltungsstellenkassierer A. Potthast, Wiehenbrint 24 in Hörter, und die Kollegen von Fürstenaue beim Ortsgruppenkassierer Jos. Becker in Fürstenaue zu melden. J. A.: A. Potthast.

Verwaltungsstelle Frankfurt a. M.

Bürostunden: Ab 15. März in Frank- furt a. M.: Täglich geöffnet. Sprechstunden für Rechtsankunft nur Mittwoch und Freitags von 4 bis 6 1/2 Uhr.

Limburg a. d. R.: Jeden Dienstag im Katho- lischen Gesellenhaus (Colleg) von 4 1/2 bis 5 1/2 Uhr.

Höchst a. M.: Im katholischen Gesellenhaus, Jahnstraße 6, jeden zweiten Donnerstag im Monat von 5 bis 6 Uhr.

Neuhof: Jeden vierten Donnerstag im Ver- sammlungslokal von 5 bis 6 Uhr. J. A.: Gräf.

Sterbetafel

Am 6. März starb unser treuer Kollege, der Gipser Peter Ohnesorg, nach achttägigem Kranken- lager im Alter von 62 Jahren. Mit ihm ist ein langjähriges und treues Mitglied von uns ge- schieden. Ortsgruppe St. Ingbert/Saarpalz.

Am 10. März starb plötzlich unser Kassierer, der Maurerpolier Richard Gregor im 63. Lebens- jahre an Rückenmarkslähmung. Er war uns ein treuer und pflichteifriger Kassierer. Sein liebe- volles Wesen sichert ihm ein dauerndes Andenken. Verwaltungsstelle Meserich.

Ehre ihrem Andenken!

Gesucht:

Zwei energische, im Bruchsteinmauerwerk er- fahrene Maurerpoliere zur Führung einer Alfordkolonne von 50 Maurern. Diese sollen eventuell bei der Aufstellung dieser Kolonnen mitwirken.

Baunternehmung f. d. Zalsperre Lehmühle, Post Frauenstein i. C.

Wer probt, lobt „Wanderlust“

die Garantieware
Echt Teaholz-Wasserwaagen mit Messingplatte und Messingringen, genau ausgelotet. Holz aus alten Schiffen, daher beste Ware. Mit billigerer Ware nicht zu vergleichen. Bei Abnahme von 6 Stück portofrei. Bei Abnahme von 12 Stück eine gratis.
Table with columns: 25, 50, 60, 70, 75, 80. Rows: 2,40 2,80 3,— 3,40 3,60 3,70; 90 100 cm; 3,90 4,10; 1a handgeschmiedete Maurerkellen, beste Stahlware. 180 200 210 220 230 240 mm; 1,85 1,90 1,95 2,05 2,10 2,15 dünne; 1,95 2,— 2,15 2,20 2,25 2,30 starke; 1a Fußstellen (vierkant) beste Stahl- ware 180 200 220 mm; 1,50 1,55 1,65
Was nicht gefällt, wird zurückgenommen. Alle anderen Garantie-Werkzeuge für Maurer, Stul- laterre, Plattenleger und Ofenseher laut Liste billigst. G. Ksch & Sohn, Remscheid, Wilhelmstr. 34.

